

Erklärung der Bremischen Bürgerschaft zum 30. Oktober 2016

Nach ihrer Selbstauflösung im März 1933 trat die Bremische Bürgerschaft am 30. Oktober 1946, also vor genau siebzig Jahren, wieder als frei gewähltes Parlament des Landes Bremen zusammen. Sie folgte der von den amerikanischen Militärbehörden im April 1946 unter anderem zur Vorbereitung freier Wahlen „ernannten Bürgerschaft“. Nachdem die Stadt Wesermünde (später umbenannt in Bremerhaven), in die Stadt Bremen eingegliedert wurde, wurde die Bürgerschaft 1947 um Abgeordnete aus der Seestadt ergänzt. Der 30. Oktober 1946 markiert damit den Wiederbeginn repräsentativer Demokratie und bremischer Selbstverantwortung nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reichs und der Befreiung vom Nationalsozialismus. Er markiert zugleich den Beginn einer mehr als siebzigjährigen Periode des Friedens, des Fortschritts, des Wohlstandes und der gesellschaftlichen Teilhabe.

Dieser Neuanfang knüpfte an die durch die Diktatur des Nationalsozialismus unterbrochene freie und eigene Geschichte Bremens und ihrer freiheitlichen Verfassung als Freie Hansestadt an, trug aber auch den Erfahrungen mit den Verheerungen des Nationalsozialismus Rechnung. Die Aufbauleistungen aus den Trümmern des Krieges waren gewaltig, aber sie wurden erfolgreich durch den Wagemut, die Einsatzbereitschaft und die Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens bewältigt. Diese Leistung war nur möglich durch das gemeinsame Handeln von „Arbeiterschaft und Kaufmannschaft“ zum Wohle aller. Dieser Generation des Aufbaus verdanken wir unseren heutigen Wohlstand und unsere Sicherheit. Ihr gebührt daher unser besonderer Dank und Respekt. Geleitet wurde das Handeln der gewählten Abgeordneten und Senatoren durch eine Leitidee, die in der Präambel der Landesverfassung prägnant ausgeführt wurde und soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Frieden sowie Gleichheit vor dem Gesetz, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als die zentralen Werte des Neuanfangs festlegte.

Es folgten die Gründung der Bundesrepublik und das Inkrafttreten des Grundgesetzes im Rahmen seiner föderalen Grundordnung. Die Ziele eines solidarischen Zusammenwirkens sowie des Bewahrens der Eigenheiten der Bundesländer wurden dabei nie in Frage gestellt. Geprägt war und ist das Land Bremen dabei von seiner lebendigen Zivilgesellschaft und seinem Parlament, welches sich immer als Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger und nicht nur der jeweiligen politischen Mehrheiten versteht. Diese Stärken gilt es zu bewahren, auch wenn die vor Ort zu lösenden Aufgaben zunehmend nicht nur durch nationale, sondern ebenso durch europäische und internationale Entwicklungen überlagert und beeinflusst werden.

Gerade deshalb gewinnt die gemeinsame Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger in den ihnen vertrauten Zusammenhängen eine immer größere Bedeutung. Um dieser Rolle gerecht zu werden, bedarf es einer Sprache, die alle Menschen erreicht. Das Parlament muss mehr sein, als nur die Vertretung der Interessen einzelner und ihrer Gruppierungen. Die Bremische Bürgerschaft ist einerseits Interessenvertretung aller Bürgerinnen und Bürger und andererseits Impulsgeber für die Bewältigung aktueller

und künftiger Probleme der Menschen, die in Bremen und Bremerhaven leben. Dabei stehen die Freiheit und Würde der Menschen im Zentrum unseres Bildes von der Gesellschaft und müssen gegen jeden Angriff verteidigt werden.

Zugleich ist es Aufgabe der Bürgerschaft, durch gute Bildungspolitik, eine auf Wachstum und Wohlstand ausgerichtete Politik, Schaffung von Rahmenbedingungen für Arbeitsplätze, ausreichend Sicherheit und soziale Sicherung die Voraussetzungen für eine gesicherte Zukunft der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven zu schaffen.

Lebendige Demokratie und freiheitliche rechtsstaatliche Grundordnung haben in Bremen ihren sichtbaren Ausdruck in der gemeinsamen Bürgerschaft für Bremen und Bremerhaven gefunden. Diese Sichtbarkeit zu erhalten und zu verstärken, ist auch nach siebzig Jahren eine unvermindert aktuelle Aufgabe und Verantwortung. Die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft sind den Müttern und Vätern, die 1946 die parlamentarische Demokratie gemeinsam auf den Weg brachten, in rechtsstaatlicher, demokratischer und sozialer Grundauffassung, aufs Tiefste verpflichtet.

Im Einzelnen erklären wir:

- Im Bewusstsein, dass es die letzten Zeitzeugen des Nationalsozialismus bald nicht mehr geben wird, sehen wir es als unverzichtbar und verpflichtend an, die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus stets wachzuhalten und ihrer Leiden stets zu gedenken.
- Wir stellen uns der Geschichte der Bremischen Bürgerschaft der Zwischenkriegszeit, im Wissen, dass aus den Reihen ihrer gewählten Mitglieder sowohl Täter als auch Opfer des Nationalsozialismus kamen. Diese Erfahrung zeigt uns, dass demokratische Institutionen allein keinen Schutz vor menschenverachtendem Gedankengut oder Diktatur bilden, sondern eines gelebten demokratischen Miteinanders bedürfen.
- Wir gehen bewusst mit der bremischen Geschichte und der NS-Vergangenheit etlicher späterer Bürgerschaftsmitglieder um.
- Wir wissen, dass die Mahnung zu Frieden und Freiheit, zu Respekt und Toleranz nichts an Aktualität verloren hat. Deshalb wenden wir uns entschieden gegen Staaten, Gesellschaften und Gruppen, in denen Menschenrechte und Mitmenschlichkeit missachtet werden und sind solidarisch mit allen, die unter Unterdrückung, Entrechtung und Willkürherrschaft leiden.
- Wir sind davon überzeugt, dass Menschen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Bekenntnisse, verschiedener Herkunft und Kulturen sowie gegensätzlicher politischer Ansichten in Frieden und Respekt zusammenleben können.
- Wir bekennen uns zum friedlichen Miteinander und respektvollen Umgang untereinander. Bremen und Bremerhaven haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zu Orten friedlichen und respektvollen Umgangs von Menschen

verschiedener Religionen und Weltanschauungen entwickelt. Einen Rückschritt vom Erreichten werden wir nicht zulassen.

- Mit Entsetzen nehmen wir ein stärkeres Aufkommen von Rechtspopulismus sowie politischem und religiös motiviertem Extremismus zur Kenntnis. Diese Kräfte wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen und die gewachsene demokratische Kultur zerstören. Sie scheuen weder vor tätlichen Angriffen noch vor einer Verunglimpfung von Opfern der nationalsozialistischen Diktatur zurück. Ihre Präsenz und ihre Ideologien sind in Bremen und Bremerhaven nicht erwünscht. Wir handeln entschlossen gegen Demokratiefeinde und Verächter unserer liberalen Grundordnung. Nie wieder werden wir dulden, dass die Saat von Antisemitismus, Rassismus, Fanatismus, Diskriminierung und Intoleranz in unsere Gesellschaft getragen wird! Wir sind davon überzeugt, dabei alle Demokratinnen und Demokraten und die eindeutige Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger an unserer Seite zu haben.
- Die Freie Hansestadt Bremen ist ein weltoffenes, weltweit vernetztes, vielfältiges und tolerantes Bundesland. Die parlamentarische Demokratie in einer pluralistischen Zivilgesellschaft mit ausgeprägter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger weiterzuentwickeln, sehen wir Abgeordnete als eine wesentliche Aufgabe an. Unser politisches Handeln richtet sich auf ein Leben in sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftlicher und ökologischer Verantwortung und mit Grundrechten auf Würde, Bildung, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Gleichheit, Sicherheit und körperlicher Unversehrtheit.
- Die Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens haben mit ihrer fortschrittlichen Landesverfassung, die am 21. Oktober 2017 70 Jahre alt wird, die Lehren aus ihrer dunklen jüngeren Geschichte gezogen und haben den Weg zu Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit konsequent verfolgt. Wir Abgeordnete wollen mit ihnen daran mitwirken, dass sich nach dem vereinten Deutschland auch die Hoffnung auf ein eng zusammengewachsenes Europa in Frieden, Freiheit, Vielfalt und gegenseitigem Verständnis erfüllt.
- Wir bekennen uns auch zu unserer Verantwortung im deutschen Föderalismus und werden auch in Zukunft unseren Beitrag zu nationalem Frieden, Freiheit und Demokratie leisten.
- In Kenntnis unserer 70-jährigen Geschichte, im Bewusstsein unserer Gegenwart und in Verantwortung für die Folgen unserer Entscheidungen für die nachfolgenden Generationen blicken wir als überzeugte Demokratinnen und Demokraten und Abgeordnetenentschlossen und optimistisch auf die vor uns liegenden Herausforderungen und machen uns dafür stark, dass die Bremische Bürgerschaft unverzichtbare und dynamische Mitgestalterin einer Gesellschaft in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Vielfalt und Verantwortung bleibt.